

Leipziger Volk

Parteilosensinnen, Genossen!
Leistet Wahlhilfe!
Die Partei braucht euch!

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-Abholer 1,90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. - **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 - Telephon 72206

Inseratenpreise: Die Wochens. Kolonells. 35 Wfr., bei Wochenschrift 40 Wfr., Stellenangebote 10 Wfr., Kolonells. 25 Wfr. Familienanzeigen von Privaten die 10 Wfr., Kolonells. mit 10% Nachsch. Reklames. 2 Wfr. Inserate v. ausw.: die 10 Wfr., Kolonells. 40 Wfr. bei Wochenschrift. 50 Wfr., Reklames. 2,25 Wfr.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen

Achtung! Achtung! Herr v. Reudell!

Ein geplantes Verbot gegen Rotfront

Die Ministertage des Herrn von Reudell sind gezücht, ganz gleich, ob der Bürgerblut die Wahlen überleben wird oder nicht. Das Maß des Marschalls von Jäger ist überall. Das aber hindert ihn nicht, zu immer neuen reaktionären Schlägen auszuholen. Herr von Reudell hat zwar nichts getan, die Republik und die Verfassung vor den Radaubanden der Hakenkreuzler zu beschützen, um aber dieses Manco auszugleichen, versucht er nun einen Schlag gegen den Roten Frontkämpferbund, die Wehrorganisation der KPD. Die Tägliche Rundschau, also das Organ Stresemanns, stellt im besonderen fest, daß dieser Plan unmittelbar vom Reichsminister des Innern, also von Herrn Reudell, ausgegangen sei.

Das Vorgehen des „glorreichen“ Marschalls von Jäger ist fütze sich, wie weiter berichtet wird, auf Vorgänge aus früherer Zeit, in der Hauptsache aber wohl auf die Zusammenhänge, die im Verlaufe der Monate zwischen Hakenkreuzbanditen und Roten Frontkämpfern festgefunden haben. Der Innenminister stützt sich auf § 17, Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik, er sagt vor allem, daß der normale Verlauf des Wahlkampfes durch das Eingreifen der Roten Frontkämpfer verhindert werde.

Wir haben gewiß mit unserer Kritik gegen den Roten Frontkämpferbund niemals zurückgehalten und billigen auch heute die von ihm vielfach eingeschlagenen Kampfsmethoden keineswegs.

Das aber hindert uns nicht, gegen die geplanten Maßnahmen des Herrn von Reudell den schärfsten Protest zu erheben. Gegen die Reaktion des schwarzweißroten Bürgerbluts steht die gesamte Arbeiterklasse einheitslich und geschlossen da.

Der Kampf gegen den Roten Frontkämpferbund wäre nur der Vorbote für weitere reaktionäre Maßnahmen, die im Lager der Schwarzweißroten schon immer geplant worden sind.

Staatsrechtlich liegen die Dinge so, daß der Reichsminister des Innern ein solches Verbot nicht ohne weiteres erlassen kann. Die Länder haben das Recht, gegen derartige Maßnahmen innerhalb der nächsten 48 Stunden Einspruch beim Staatsgerichtshof zu erheben. Aus diesem Grunde hat sich Herr von Reudell mit dem sozialdemokratischen Innenminister Preußens, dem Genossen Grezinski, in Verbindung gesetzt, um dessen Zustimmung zu dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu erhalten. Grezinski hat sich mit aller Entschiedenheit gegen das Ersuchen des Reichsinnenministers gewandt. Und daran dürfen die geplanten Maßnahmen vorläufig gescheitert sein.

Der Reichsinnenminister verfolgte durch die Aussprache mit Grezinski noch ein besonderes Ziel. Der preussische Minister sollte

Herrn von Reudell zur Deckung dienen, zuletzt ging sein Bestreben darauf hinaus, durch das Verbot die Wahlausichten für die kommunistische Partei zu verfrachten. Dieser Plan wurde freilich rechtzeitig durchschaut. Grezinski hat mit vollem Recht eingewandt, daß er erst unmittelbar nach der Aufhebung der verbotenen Nationalistische Arbeiterpartei für Berlin freigegeben habe. Im Ausgleich dafür sollte er nun seine Hand dazu bieten, dem Roten Frontkämpferbund das Lebenslicht auszublauen?

Was würde wohl geschehen sein, wenn an Stelle Grezinskis etwa Herr v. Lindener-Wildau oder Herr v. Schlange-Schoenungen, zwei stramme schwarzweißrote Deutschnationale, auf dem Stuhl des preussischen Innenministers sitzen würden? Diese hätten sich bereitwillig dazu hergegeben, die reaktionären Maßnahmen des Landrates aus der Kapp-Putschzeit, des Herrn von Reudell, durchzuführen, woraus mancherlei politische Schlüsse zu ziehen wären. Insbesondere für die Kommunisten, die nichtbestimmter auch in dieser Frage ihre Hauptstütze weniger gegen den Hort der Reaktion, gegen Herrn von Reudell, sondern gegen die Sozialdemokratie konzentrieren. Behauptet doch die Rote Fahne heute schon, daß „sozialdemokratische Führer und Gewerkschaftsbureaufreter“ bei der Abwehr des deutschnationalen Ministers Pate gestanden hätten.

Im Kampfe gegen die Reaktion steht die Arbeiterklasse fest und in geschlossenster Front. Ganz gleich, ob zum Danke dafür die Sozialdemokratie vom Roten Frontkämpferbund und der kommunistischen Presse noch härter als bisher bejudelt wird.

Das Endziel der Kommunisten ist freilich die Zerstörung der Sozialdemokratischen Partei, dabei aber bleiben ihre redelustigen Führer auf Granit. In diesem Sinne aber besteht eine höchst sonderbare Einheitsfront. Der deutschnationale Ministerkandidat, Herr von Lindener-Wildau, erklärte in einer Versammlung in Frankfurt a. M. in völliger Übereinstimmung mit den Hauptern der KPD: „Der Weg zur Erhaltung des deutschen Volkes gehe über die Verschlagung der Sozialdemokratischen Partei, nicht über eine Koalition mit ihr.“

Die TU teilt mit, daß just am 1. Mai, am Vorkriegstag, Herr von Reudell, der reaktionäre Innenminister, der Vorkämpfer gegen die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats in Leipzig sprechen werde. Für den 28. April wird Graf Westarp für die Reichstagsabgeordnete. Die Leipziger Arbeiterklasse wird ihnen einen würdigen Empfang zu bereiten wissen. Bis zur Auffstellung der deutschnationalen Kandidatenliste freilich hat es bis zur Stunde nicht gelangt, denn die reaktionärsten Schwarzweißroten sind den Leipziger Deutschnationalen immer noch nicht reaktionär genug.

Zeitgemäße Erinnerungen

Von Gerhart Seger, Berlin.

Die Tatsache, daß der bevorstehende Wahlkampf nach dem Rücktritt einer Rechtsregierung geführt wird, erfordert es, vor allem die Deutschnationale Partei entscheidend zu schlagen. Es ist daher notwendig, gerade gegen diese große Trägerin der Reaktion auf allen Gebieten die Waffen zu sammeln und Aufklärung über sie zu schaffen.

Immer noch, obwohl schon zehn Jahre vergangen sind, wird das wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands (und der meisten anderen Länder) durch die Nachwirkungen des Krieges bestimmt. Deshalb sollte die Gelegenheit dieses Wahlkampfes eifrig benützt werden, den Anteil an der Kriegsschuld, den die in der Deutschnationalen Partei vertretenen Kreise haben, herauszustellen. Dieselben Politiker, dieselben Militärs, dieselben „nationalgesinnten“ Schichten, die heute den Pazifismus bekämpfen - sie wollen, wenn von der Kriegsschuld die Rede ist, vor dem Kriege alle Pazifisten gewesen sein. Während sie heute über jeden Fehlschlag der Abrüstungspolitik jubeln und eifrig an einer Wiederaufrüstung Deutschlands arbeiten, während sie jede Verständigungspolitik verdammen und die heranwachsende Generation militarisieren, wollen sie vor dem Weltkriege alle Kriegsgegner gewesen sein - da sollen allein Poincaré und Jwoffi den Krieg angezettelt haben. Nun, soweit überhaupt für den Krieg von der Schuld einzelner Politiker und einzelner Schichten gesprochen werden kann, sind die „Nationalgesinnten“ gerade in Deutschland die Hauptschuldigen. Sie sind es nicht nur, was den Ausbruch des Krieges im August 1914 betrifft, sie sind es vor allem auch, was die Verlängerung des Krieges und damit seine fürchterliche Wirkung für Deutschland angeht.

Das Verdienst, darüber neues Material, urkundlich belegt und in guter Darstellung, beigebracht zu haben, kommt dem langjährigen Geschäftsführer und jetzigen Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte, Otto Lehmann-Rußbüldt, zu. Im Verlage Henke & Co., Berlin, hat er eine Arbeit erscheinen lassen, die für jeden politisch Interessierten lesenswert ist, die aber im Wahlkampf ganz unerschöpfbare Dienste leisten dürfte. Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte, vormals Bund Neues Vaterland, für den Weltfrieden 1914-1927, so lautet ihr Titel. Ein kleiner Kreis entschlossener Menschen, deren innere Festigkeit sie vor der Kriegssphäre bewahrte, begann schon 1913 unter der Führung des ehemaligen Rittmeisters Kurt v. Tepper-Laski für die deutsch-französische Verständigung zu arbeiten und agitierte lebhaft gegen die große deutsche Wehroverlage von 1913, die als eine „Mobilmachung im Frieden“ empfunden wurde. Der Ausbruch des Weltkrieges fand diesen Kreis, zu dem viele spätere Unabhängige Sozialdemokraten gehörten, auf dem Posten: vom ersten Tage an Kriegsgegner, haben diese Männer die öffentliche Meinung für eine schnelle Beendigung des Krieges ohne Annexionen, durch einen Verständigungsfrieden, zu gewinnen versucht. Dabei hatte der Bund Neues Vaterland (gegründet am 16. November 1914) die Genugtuung, unabhängig von seiner eigenen Arbeit die gleiche Bestrebung in England emporzuwachen zu sehen. Die Union of Democratic Control wurde von Morel, Macdonald und anderen geschaffen, die in England der Kriegssphäre und dem Sozialpatriotismus mutig zu Leibe rückten.

Unter der scharfen Zensur des Militärs und angesichts des Burgfriedens in Deutschland war die Arbeit des Bundes, die in vielen Stücken eine höchst nützliche Vorarbeit für die so viel später einsetzende Tätigkeit der USF war, natürlich außerordentlich schwer. Um so bedeutungsvoller waren die Bemühungen dieses Kreises, durch Wiederherstellung internationaler Beziehungen festzustellen, welche Möglichkeiten zu einem Friedensschluß bestanden; in dem Buche Lehmann-Rußbüldts finden sich darüber eine Fülle von neuen Tatsachen, die für den politischen Kampf in Deutschland ausgewertet werden müssen. Es sei als erster Schritt die auf Einladung des holländischen Antikriegsrates zustande gekommene Konferenz in Haag, 7. bis 10. April 1915, genannt. Die Delegation des Bundes Neues Vaterland erhielt von der deutschen Sozialdemokratie den Bescheid, daß der Parteivorstand nicht vertreten sein wolle, sondern nur eine Sympathieerklärung abgäbe. Das Auswärtige Amt gab Pässe und versiegelte Schriften des Bundes, gegen deren Verbreitung in Deutschland selbst das Oberkommando Maßnahmen ergriffen hatte! Die Konferenz beschäftigte sich offiziell mit Völkerrechtsfragen, aber die Begegnung deutscher und englischer Politiker führte, angeregt durch einen hohen holländischen Justizbeamten (Dresselhaus), zu dem Versuch einer Friedensvermittlung, der von Deutschland aus im Keime erstickt wurde.

Der Bund Neues Vaterland hat in der gleichen Weise während des ganzen Krieges seine Bemühungen fortgesetzt; welches Echo der erste Versuch z. B. bei der deutschen Regierung fand, darüber unterrichtet die besonders wertvolle Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen dem amerikanischen Obersten House und dem deutschen Unterstaatssekretär Zimmermann. Als der Bund nach der wahnsinnigen Annexionseingabe der sechs deutschen Wirtschaftsverbände vom 20. Mai 1915 eine wirkungsvolle Gegenaktion einleitete - Eingabe an den Reichstag: „Sollen wir annektieren?“

Schiedspruch für Leipzig

Haack übertrumpft Brandt!

Einmütige Ablehnung - schärfste Gegenwehr notwendig!

Vor etwas länger als Jahresfrist fällte der Vorgänger Haacks, der Schlichter Brandt, für das Leipziger Tarifgebiet der Metallindustrie einen Arbeitsgerichtsentscheid, der an Unternehmervillfährigkeit nichts zu wünschen übrigließ und der infolgedessen einen Entrüstungsturm der gesamten deutschen Arbeiterschaft entfachte.

Der am Dienstag vom Schlichter Haack gefällte Schiedspruch über die Lohnregelung für die Kreisshauptmannschaft Leipzig stellt diesen Brandtschen Schiedspruch noch weit in den Schatten. Der Lehrling Haack hat seinen früheren Meister Brandt übertrumpft! Der Schiedspruch hat folgenden Wortlaut:

1. Die Ferienregelung für das Jahr 1928 erfolgt in derselben Weise, wie in der Verhandlung am 1. März 1928 zwischen den beiderseitigen Verhandlungskommissionen beschlossen und niedergeschrieben ist.

2. Unter Beibehaltung der Abstaffelung nach der bisher geltenden Lohnstufen werden die Ausgangsziffern wie folgt bemessen:

- a) für Akkordbasis 86 Wfr.,
- b) für Lohnarbeit 85 Wfr.

Der Mittellohn bleibt auf der bisherigen Höhe von 88 Wfr. pro Stunde.

Die Lohnstufen gilt unbeschränkt ab 1. April 1928 mit einmonatiger Kündigungsfrist am Schlusse des Kalendermonates, die das erste Mal für den 31. März 1929 ausgesprochen werden kann.

Erklärungsfrist bis 21. April, mittags 12 Uhr.

geg. Haack.

Was bedeutet dieser Schiedspruch?

Nicht mehr und nicht weniger, als daß die Löhne der Lohnarbeiter in der Praxis nicht die geringste Erhöhung erfahren. Der Lohnarbeiter mußte bisher nach sechsmonatiger Tätigkeit in der Spitze einen Mindeststundenlohn von 88 Wfr. erhalten. Wie lautet der Schiedspruch Haacks?

„Der Mittellohn bleibt auf der bisherigen Höhe von 88 Wfr. bestehen.“

Daraus ist mit aller Klarheit zu ersehen, daß, obwohl das letzte Lohnabkommen bereits 1 Jahr läuft und der Schiedspruch wiederum eine Geltungsdauer von einem Jahre vorsteht, die Lohnarbeiter trotz aller eingetretenen Teuerung, trotz der Niedrigkeit der bisher bestehenden Löhne, ohne jede Lohnerrhöhung bleiben sollen. Den Akkordarbeitern will man die Akkordbasis von 83 auf 86 Wfr., also um 3,61 Prozent, erhöhen. 70-75 Prozent der gesamten Leipziger Metallarbeiter werden davon betroffen.

Die Forderung nach Neuartafelung der Beschäftigtenlohnung, desgleichen über Schutzkleidung, hatte der Schlichter Haack einfach vergessen. Ein Beweis, mit welchem Ernst er seine Aufgabe erfüllt. Das nennt sich dann unparteilicher Schlichter!

Die Vertreter der Metallarbeiter sind gewiß nicht mit großen Hoffnungen zu einem Haack nach Dresden gefahren. Aber eine derartige Verhöhnung, eine derartige Provokation, hatte er sich bis jetzt immerhin noch nicht geleistet. Daß ein derartiges Monstrum von Schiedspruch nicht Wirklichkeit werden darf, braucht eigentlich kaum erwähnt zu werden. Leipziger freigewerkschaftliche Metallarbeiter werden Donnerstag früh in 9 Versammlungen darauf antworten.

Ablehnung des Sachsen-Schiedspruchs

Die Landesarbeitskommission des DMB hat am Dienstag beschlossen, den am Montag gefällten Schiedspruch den Mitgliedschaften zur Ablehnung zu empfehlen. Als Begründung wird angegeben, daß der Schiedspruch in seiner materiellen Auswirkung vor allem deshalb unannehmbar sei, weil nach ihm der größte Teil der Hüttenarbeiter vollkommen leer ausgehe. Außerdem ist der Schiedspruch mit dem Manteltarif nicht in Einklang zu bringen.

Die Dresdener Deputierten des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben am Montagabend in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung Stellung genommen; einmütig ging die Auffassung dahin, daß der Schiedspruch unannehmbar sei. Der Referent, Kollege Böller, erklärte, die Organisationsleitung werde bei den Verhandlungen, die voraussichtlich Anfang der nächsten Woche beim Reichsarbeitsministerium stattfinden, alles versuchen, damit dieser Spruch nicht für verbindlich erklärt werde.